

Gemeinderat wendet sich direkt an die Bundeskanzlerin

Resolution zum geplanten Netzausbau im Raum Cappeln am Donnerstag einstimmig verabschiedet

Cappeln (erk). Bundeskanzlerin Angela Merkel zitierte am Donnerstag Cappelns Bürgermeister Marcus Brinkmann, als er vor dem Rat und einigen Zuhörern über die im Anschluss einstimmig verabschiedete Resolution zum geplanten Netzausbau im Raum Cappeln sprach. „Es muss mit Tennet transparente Verfahren geben, es muss mit den Bürgerinnen und Bürgern gesprochen werden, man muss gemeinsam die beste Lösung herausfinden“, hatte die Bundeskanzlerin am Montag in Cloppenburg gesagt. „Ich unterstütze diese Forderung

unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel ausdrücklich, denn die Wirklichkeit vor Ort bezüglich der Leitungsplanung sieht anders aus. Die Gespräche mit der Tennet sind in vieler Hinsicht untransparent. Darauf haben alle Bürgermeister der dreizehn Städte und Gemeinden des Landkreises Cloppenburg schon auf einer Pressekonferenz am 13. Juni 2016 in Garrel ausdrücklich öffentlich hingewiesen“, betonte der Verwaltungschef und weiter: „Tennet bietet Dialogforen an, aber von Dialog und der gemeinsamen Suche nach der besten Lösung mit

den Bürgerinnen und Bürgern ist wenig zu spüren“.

In der Resolution wird der Bedarf der neuen Leitungen und Umspannwerke „im Rahmen eines schlüssigen Gesamtkonzeptes für die Umsetzung der Energiewende“ in Frage gestellt. Die Gemeinde Cappeln sei dadurch in unzumutbarer Weise betroffen und es komme zu untragbaren Auswirkungen auf die Lebensqualität. Daher werde an der Forderung einer Erdverkabelung – auch gegenüber Landes- und Bundesregierung – vehement festgehalten.

Und damit haben sich die Ratsmitglieder auch schon an die höchste Stelle gewandt. Ratsvorsitzender Christoph Eilers überreichte am Montag persönlich an die Bundeskanzlerin einen fünfseitigen Brief, der von allen Ratsmitgliedern unterzeichnet wurde. Man sei bereit, seinen Teil zur Energiewende beizutragen, werde nach den gegenwärtigen Planungen aber überproportional belastet. Die Bitte an die Kanzlerin: „Prüfen und aktualisieren Sie mit der neuen Bundesregierung das Bundesbedarfsplangesetz auf

flächendeckende Erdverkabelung in Gebieten, die durch die Überlandleitungen in ihrer geographischen Entwicklung stark eingeschränkt sind“. Außerdem heißt es in dem Schreiben: „Stellen Sie sich bitte als Bundeskanzlerin und Physikerin die Frage: Erdverkabelung zum Wohle der Bevölkerung oder Freilandleitungen gegen den Willen der Bevölkerung und gegen eine ansprechende Landschaft, aber zum wirtschaftlichen Wohle der Vorhabenträger und der Beteiligten, die nicht neben der Trasse wohnen“.